

Trägerorganisationen: ACK Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Baden-Württemberg; Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!; Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland, Attac Deutschland; Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (B.E.R.); Bike for Peace and New Energies e.V.; DEAB Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V.; DFG-VK Bundesverband und Landesverband Baden-Württemberg; EAK Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung Baden-Württemberg und Bundesverband; Evangelische Landeskirche in Baden; Friedenspfarramt der Evangelischen Landeskirche in Württemberg; GPI Gesellschaftspolitische Initiative Norbert Vöhringer e.V.; IPPNW Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges – Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.; NaturFreunde Deutschlands; Ohne Rüstung Leben e.V.; RIB RüstungsinformationsBüro e.V.; Internationaler Versöhnungsbund e.V., Deutscher Zweig



Pressemitteilung vom 6. Juni 2018

Frieden geht! Staffellauf gegen Rüstungsexporte

Staffelstab an Politik*innen übergeben

Frieden Geht! fordert ein grundsätzliches Exportverbot von Kriegswaffen

Heute haben Vertreter*innen des Bündnisses „Frieden geht!“ den Staffelstab und eine Resolution mit der Forderung nach einem grundsätzlichen Exportverbot von Kriegswaffen und Rüstungsgütern an Abgeordnete des Wirtschaftsausschusses übergeben. Sie kritisierten, dass Deutschland weltweit der drittgrößte Rüstungsexporteur von Kleinwaffen und der viertgrößte Rüstungsexporteur von Großwaffensystemen ist und deutsche Waffen an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten exportiert werden. Im Koalitionsvertrag haben SPD und CDU/CSU zugesagt, die Rüstungsexportrichtlinien aus dem Jahr 2000 noch in diesem Jahr zu „schärfen“ und damit auf die veränderten Gegebenheiten zu reagieren. Das Bündnis von 18 Trägerorganisationen kündigte an, die Politik*innen an ihren Taten zu messen. Der Protest gegen Rüstungsexporte gehe weiter.

„Die Zeit ist reif für neue Sicherheitskonzepte“, heißt es in der Resolution, die sich an alle Bundestagsabgeordneten sowie Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Minister des Bundessicherheitsrats wendet: „Frieden und weltweite Sicherheit sind nur mit der Stärkung des Völkerrechts und Initiativen zur Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, mit Entwicklungsförderung und internationaler Zusammenarbeit möglich. Nachhaltige zivile Sicherheit verlangt Mut, die Militarisierung der Politik zu überwinden“.

„Wer Kriegswaffenexporte an menschenrechtsverletzende Staaten genehmigt, der leistet Beihilfe zu schweren Menschenrechtsverletzungen. Und wer Kriegswaffenexporte an kriegführende Staaten genehmigt, der leistet Beihilfe zu Mord“, sagt Jürgen Grässlin, Sprecher der Kampagne Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! und einer der Unterzeichner der Resolution.

Vom 21. Mai bis 2. Juni 2018 haben im Rahmen des Staffellaufes gegen Rüstungsexporte „Frieden geht!“ rund 2.500 Marathonläufer*innen, Jogger*innen, Geher*innen und Radfahrer*innen mehr als 1.100 Kilometer in 13 Tagen zurückgelegt, um gegen Rüstungsexporte zu demonstrieren. Tausende weitere Menschen organisierten Veranstaltungen an den einzelnen Etappen entlang der Strecke von Oberndorf am Neckar bis Berlin oder kamen zu den Kundgebungen, Friedensfesten, Podiumsdiskussionen, Gottesdiensten und Aktionen gegen Rüstungsexporte.

Weitere Informationen finden Sie auf der Homepage www.frieden-geht.de

Kostenfreie Fotos zum Herunterladen finden Sie unter www.flickr.com/photos/140010041@N08

Kontakt: Angelika Wilmen, IPPNW-Pressesprecherin, Internationale Ärzte zur Verhütung eines Atomkriegs (IPPNW), Tel: 030-698074-15, Mobil 0162 – 2057943, wilmen@ippnw.de, www.ippnw.de